

PROTESTE IM IRAN UND DIE ZUKUNFT DER REFORMEN

Walter Posch

Zu Jahresbeginn 2018 fanden im Iran landesweite Proteste statt, die jedoch nicht der von den westlichen Medien herbeigeschriebene Aufstand gegen das Regime waren. Zwar scheint die von den iranischen Sicherheitsbehörden veröffentlichte Zahl von etwas über 20.000 Teilnehmern deutlich zu kurz gegriffen zu sein, doch selbst Regimekritiker geben zu, dass die Proteste sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch mit Blick auf ihre Organisation weit hinter den Massenprotesten des Jahres 2009 lagen. Außerdem gingen diesmal in erster Linie die wirtschaftlich benachteiligten Schichten der Bevölkerung auf die Straße. Dennoch greift es zu kurz, die Proteste ausschließlich auf die soziale Lage zurückführen zu wollen. Vielmehr ist eine der Ursache in der Spaltung des Regimes zu suchen.

Ein gespaltenes Regime

Hinter dieser Spaltung verbirgt sich ein Konflikt um die richtige Interpretation der Revolution und somit um die Zukunft des Regimes. In diesem ideologischen Konflikt stehen sich Vertreter eines islamischen Rechtsstaates mit einem starken Parlament und Anhänger eines autoritären Führerstaats, die eine permanente islamistische Revolution verwirklichen wollen, unversöhnlich gegenüber. Die Spaltung existiert von Anbeginn an ohne bisher die politische Handlungsfähigkeit des Systems zu zerstören. Allerdings ist ihre Überwindung heutzutage nur mehr gegen exorbitant hohe politische Kosten zu erreichen sodass sie mittelfristig das Überleben der Islamischen Republik viel stärker bedroht als ein möglicher Aufstand der Massen.

Auf politischer Ebene drückt sich dieser Gegensatz in den politischen Lagern der Reformisten (eslah-talaban) und der Prinzipientreuen (osulgarayan) aus. Sie verfü-

gen nur über lockere Organisationsstrukturen, weil sich in den jeweiligen Lagern eine Vielzahl politischer Gruppen und Parteien findet, die sich hinsichtlich sozialer Herkunft und politischer Vision zum Teil erheblich unterscheiden. Unzulässig ist eine Darstellung wonach der Klerus die eine oder andere Richtung bevorzugen würde. Ebenso müßig ist es zu rätseln, welches der beiden Lager über mehr Anhänger im Sicherheitsapparat verfügt, dessen Proponenten in beiden Lagern prominent vertreten sind.

Dem Lager der Prinzipientreuen ist auch der ehemalige Präsident Ahmadinejad zuzurechnen. Er ist der einzige echte Populist des Regimes, der noch dazu die Struktur und inneren Abläufe des iranischen Sicherheitsapparats genau kennt und während der großen Krise von 2009 beinahe alle Schlüsselpositionen in den Sicherheitsministerien in seine Hand bekommen hätte – gegen den Willen der Revolutionsgarde und des Revolutionsführers, der ihn

schließlich im letzten Moment zur Raison brachte. Die Niederschlagung der riesigen Protestbewegung des Jahres 2009 wurde von einem Ausgleich auf der Ebene der politischen Eliten begleitet, bei dem die Brüder Ali Ardaschir Larijani, der Parlamentspräsident und sein Bruder Ayatollah Sadegh Ardaschir Larijani-Amoli als Chef der Judikatur einen heiklen politischen Kompromiss zwischen den Vertretern der Reformkräfte, verschiedenen Richtungen der Prinzipientreuen und der Regierung Ahmadinejad aushandelten.

Ruhanis Gegner

Mit dem Amtsantritt Ruhanis 2013 und auch nach seiner Wiederwahl 2017 zog sich Ahmadinejad jedoch keineswegs aus der Politik zurück sondern begann unverzüglich eine neue Bewegung aufzubauen, der freilich wenig politische Chancen eingeräumt wurden. Auf das Verbot seiner Wiederkandidatur im Jahre 2017 und die Verhaftung und Aburteilung seiner wichtigsten Mitarbeiter und Freunde kurz vor den Protesten, reagierte Ahmadinejad mit Videobotschaften in denen er die Larijani-Brüder scharf angriff und den Mangel an Gerechtigkeit im Iran, die Menschenrechtsverletzungen, die Korruption und die Verarmung der Bevölkerung anprangerte und zu sozialen Protesten aufrief. Ebenfalls zu sozialen Protesten riefen eine Webseite der „Hezbollah von Mashhad“ und der Freitagsprediger von Mashhad Ayatollah Alamolhoda auf. Letzterer bekämpfte in Kooperation mit der Frontkämpferorganisation Ansar-e Hezbollah die Regierung Ruhani von Anbeginn an. Ziel war nicht der Sturz der Regierung sondern die Verhinderung ihrer Reformversprechen und die Unterstützung für Alamolhodas Schwiegersohn, den gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Ebrahim Reisolsadati, genannt Reisi, beim Aufbau seiner eigenen Hausmacht.

Der Einfluss der Gegner Ruhanis in Mash-

had ist jedenfalls so groß, dass die Mehrheit der iranischen Kommentatoren ihnen sofort die Urheberschaft für die Proteste zuschrieb. Ganz bewusst wurde dabei in Kauf genommen, dass die Proteste sich sehr bald auch gegen den Revolutionsführer Khamenei persönlich und das Regime als solches richten werden. Damit sollte Ruhani zum energischen Durchgreifen gezwungen und sein auch international populäres liberales Image zerstört werden. Darüber hinaus wollten bewaffnete Gruppen der Hezbollah ihren Wert als brutale Prügelbanden für das Regime unter Beweis stellen, eine Rolle, die ihnen Ruhani seit seinem Amtsantritt verweigert. Auch diesmal geht ein Großteil der Brutalitäten auf das Konto der Hezbollah und ihrer Unterstützer im Sicherheitsapparat, während sich die Mehrzahl der Sicherheitskräfte professionell verhielten und erst dann eingriffen, als - vermutlich von agents provocateurs initiiert - Gewalt gegen Personen und Sachen angewandt wurde.

Im Übrigen gelang es der Regierung Ruhani recht schnell die Proteste ohne allzu großen Gesichtsverlust unter Kontrolle zu bringen. So zeigte sich der Präsident den meisten Forderungen der Demonstranten gegenüber aufgeschlossen und benutzte die Proteste seinerseits, um auf den engen Handlungsspielraum, der ihm politisch zugestanden wurde, hinzuweisen. In den Chor jener, die wie der Revolutionsführer der von Seiten der Revolutionsgarden ausgegebenen Losung folgten, wonach die Demonstrationen vom Ausland gesteuert gewesen seien, stimmte er ebenso wenig ein wie sein Widersacher Ahmadinejad. Letzterer mit guten Gründen, viele der Demonstranten waren schließlich seine Anhänger.

Ruhanis Reformen

Damit stellt sich die Frage nach der Zukunft der Ruhanischen Reformen, die durch die Proteste verhindert werden sollten. Die

Reformen zielen darauf ab, durch Deeskalation in der Innen- und in der Außenpolitik Spannungen abzubauen, das Land an die internationalen Finanzströme anzuschließen, für Investoren zu öffnen und durch weitere liberale Wirtschaftsreformen die iranische Industrie zu modernisieren, die einseitige Abhängigkeit vom Ölexport zu verringern und so den Wohlstand zu mehren. Ruhanis Reformen sind aber nicht nur wirtschaftsliberal zu verstehen. So haben er und seine Mitarbeiter 2013 eine „Bürgerrechtscharta“ verfasst, bei der das Verhältnis des Staates zum Bürger auf allen Ebenen neu geordnet werden soll. Das betrifft allgemeine Fragen der Rechtssicherheit genauso wie die Reformen im Bereich der Provinzverwaltung und die Entflechtung des Wirtschaftslebens. In der politischen Realität bedeutete dies zunächst die Unterzeichnung des Nuklearabkommens 2015, dem weitreichende Sanktionserleichterungen hätten folgen sollen.

Dass diese aufgrund amerikanischen Drucks nicht in dem Maße folgten, wie erhofft, genügt nicht, um die Wirtschaftsmisere des Landes zu erklären. Viele Probleme sind hausgemacht. Abgesehen von riesigen Korruptionsskandalen wie dem Zusammenbruch eines der staatlichen Rentenversicherungsträger bedarf insbesondere das veraltete iranische Bankensystem einer dringenden Reform. Vor allem aber erstickt ein weitgespanntes Netz von Stiftungen das iranische Wirtschaftsleben. Die Funktionäre der Stiftungen profitieren nicht nur durch Steuerfreiheit, sondern benutzen ihren direkten Zugang zu staatlichen Stellen auch für feindliche Übernahmen gutgehender privater Unternehmen. Bei der Wahl ihrer Methoden sind sie nicht zimperlich, sodass sich der Begriff „Wirtschaftsmaffia“ (mafya-ye eqtesadi) sogar in der iranischen Fachliteratur durchgesetzt hat. Ihre Wirtschaftsmacht und politische Vernetzung erlaubt den Leitern der Stiftungen überproportional großen politischen Einfluss auszuüben und sich in der

Regel gegen die Bürgermeister und Provinzverwaltungen durchzusetzen.

Reisi und die unfromme Astan-e Qods-Stiftung

Die zweifelsohne reichste und bedeutendste der frommen Stiftungen (bonyad) ist die Astan-e Qods-e Razavi in Mashhad. Malversation und Unterschlagungen haben schon in den 1990er Jahren zu großen Skandalen geführt, die im Wesentlichen folgenlos blieben. Die Stiftung ist auch die größte Landbesitzerin in der Provinz und die Stadtverwaltung von Mashhad führt regelmäßig Klage darüber, dass Infrastrukturprojekte und Stadtplanung unmöglich seien, weil die Stiftung weder Grund verkauft noch verpachtet. Die Reformen Ruhanis würden nicht nur in der Wirtschaft den Einfluss der Stiftung beschneiden, seine Provinzreform würde auch die Position der Stadt- und Provinzverwaltungen stärken. Kein Wunder also, dass der Widerstand gegen Ruhani in Mashhad besonders stark ist. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der letzte Wahlkampf in einem anderen Licht: der Vorsteher der Astan-e Qods ist kein geringerer als der unterlegene Präsidentschaftskandidat Reisi.

Aus Sicht Reisis und seines Schwiegervaters Alamolhoda rechtfertigt der Erhalt der eigenen Wirtschaftsprivilegien alle politischen Mittel, selbst wenn sie eine schwere innenpolitische Krise heraufbeschwören. Vorderhand scheint ihre Rechnung nicht aufzugehen: die Regierung Ruhani ist soweit stabil und der unabhängige Parlamentarier Ali Motahhari fordert bereits die Steuerpflicht für die frommen Stiftungen, also genau das, was aus Sicht der Mashhader Besitzstandwahrer unbedingt verhindert werden sollte. Allerdings ist der Kampf um die Zukunft der Reformen noch lange nicht vorbei und gerade im Falle Reisi kommt noch eine weitere Dimension hinzu: seine Verwicklung in die internationale Schia.



Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der
Landesverteidigungs-
akademie

Jänner 2018

Druck:
ReproZ W xxxx/17
Stiftgasse 2a
1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk

Reisis Bataillone

Ayatollah Reisis internationale Ambitionen lassen sich an seinem Engagement für die jüngere Generation der schiitischen Milizen im Irak ablesen. So sind Besuche von Vertretern der jüngeren Generation der irakischen Milizenführer gut dokumentiert: sowohl Akram Ka'bi von Harakat Hizbullah al-Nujaba als auch Qais al-Khaz'ali von den Asaib Ahl al-Haqq besuchen regelmäßig Mashhad. Beide Milizenführer gelten als extrem antiamerikanisch und setzen ihre Kämpfer auch in Syrien ein. Reisi vertritt wie sie die Meinung, dass der Kampf in Syrien gegen den IS auch ein Kampf gegen Israel ist. Er steht also im Gegensatz zu Ruhani für außenpolitische Eskalation.

Ableitungen und Empfehlungen:

Im Kern handelt es sich bei den letzten Protesten um typische Transformationsprobleme eines Rentenstaates, dessen wirtschaftspolitische Elite die Notwendigkeit wichtiger Reformen nicht akzeptieren will. Gleichzeitig scheint es so zu sein, dass der Riss innerhalb des Regimes auf eine Konfrontation deutet, die sich in den letzten Monaten verschärft hat. Die Proteste sind aber auch als ein Stresstest für das Regime zu lesen. Dabei bleibt fraglich, wie viele derartige Tests die Islamische Republik eingedenk der tiefen Spaltung innerhalb ihrer politischen Kaste noch verträgt. Denn es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass Reisi bei der nächsten Konfrontation die Gewaltbereitschaft erhöhen wird und damit das Regime als solches ernsthaft gefährdet. Viel wird also davon abhängen, wie energisch Ruhani gegen Reisi durchgreifen kann und will.

Kein Zweifel kann jedenfalls daran bestehen, dass ein Erfolg der Ruhanischen Reformen im europäischen Interesse liegt. Vor allem, weil die Wirtschaftsreformen Ruhanis an die Stärkung der Bürgerrechte gekoppelt sind und somit Rechtsstaatlich-

keit und Rechtssicherheit im Iran gestärkt würden. Darüber hinaus würde ein Einhegen des wirtschaftlichen Wildwuchses der frommen Stiftung in Mashhad auch eine Begrenzung der Unterstützung für radikale schiitische Milizen bedeuten.

- Daher ist es von großer Bedeutung, dass die EU auf internationaler Ebene auf einem „fair play“ Iran gegenüber besteht und die im Nuklearabkommen beschlossenen Sanktionserleichterungen als Gegenleistung für das Einhalten der iranischen Verpflichtungen einfordert.
- In der inneriranischen Auseinandersetzung zwischen Ruhani und Reisi kann Europa nicht viel tun, außer die Verflechtungen zwischen „frommen“ Stiftungen und politischer Gewalt genau zu analysieren und gegebenenfalls entsprechende Sanktionsmechanismen und Einreiseverbote zu erwägen.
- Letztendlich müssen sich Iraner und Europäer darüber im Klaren sein, dass ein Scheitern der Reformen Ruhanis für beide Seiten unwägbare Risiken mit sich bringt und das positive politische Potential, das durch den Abschluss der Nuklearverhandlungen ermöglicht wurde, zunichtemachen würde.